

Neues aus dem Neckartal

Politisches nicht nur aus Rottenburg, Hirrlingen, Starzach und Neustetten

Integrationsbeirat auf gutem Wege

Konzept der LINKEN kann weitgehend umgesetzt werden

Letzten Samstag fand in der Aula des Paul-Klee-Gymnasiums das 5. Integrationsforum in Rottenburg statt. Durch seine zahlreichen Aktivitäten wie das gut besuchte Fest der Nationen und die neue Interkulturelle Woche ist es bei Rottenburgern, ausländischen Vereinen und der Stadtspitze längst zu einer bewährten Institution geworden. Es hat bereits viele Denkanstöße für gemeinsame Aktivitäten wie Koch- und Sprachkurse und Erzählcafés gegeben.

Offensichtlich noch nicht für alle: Während die drei Bürgermeister und Vertreter der Linken und der SPD anwesend waren, glänzten alle anderen Gemeinderatsfraktionen durch Abwesenheit.

Organisiert von Andrea Narr und Brigitte Reinke (Bürgerchaftliches Engagement) berichtete die Integrationsbeauftragte Elke Cybulla von ihren Erfahrungen mit dem Internationalen Forum in Konstanz. Es besteht aus 12 Migranten und Vertretern aller Gemeinderatsfraktionen, die

fünf Themengebiete bearbeiten und dem Gemeinderat Vorschläge einreichen, um die Integration zu erleichtern: Berufliche Qualifikation – Stadtentwicklung – Kultur/ Religion – Soziales – Bildung/ Sprachförderung.

In Rottenburg leben ca. 4.900 Personen aus 111 Nationen (11,7 Prozent der Bevölkerung), von denen die Hälfte an der politischen Teilhabe völlig ausge-

KE für ein volles Wahlrecht ein. Um die politischen Ausgrenzung zu beseitigen, diskutierten die gut vierzig Teilnehmer/innen des 5. Forums, unter ihnen auch einige Asylbewerber, sehr lebhaft und ideenreich über die „Politische Beteiligung für Migranten“ unter zwei Überschriften: Was wurde bisher erreicht und soll erhalten bleiben? - Was wollen wir in Zukunft erreichen?

Unter den zahlreichen Anregungen und Forderungen stachen hervor: Räumlichkeiten für öffentliche Treffs, um eine (erzwungene) häusliche Isolation zu überwinden, andere Menschen kennenzulernen und Deutsch im Alltag zu üben. Ansätze gibt es bereits mit dem Stammtisch Deutsch (Diskussion politischer Themen), dem internationalen Kochkurs, Aktivitäten wie Singen und Tanzen. Wichtig ist den Migranten, dass die Vereine mehr auf sie zugehen und ihnen Angebote machen. Denn viele Migranten sind gut qualifiziert, haben ein abgeschlossenes Hochschulstudium oder können Sportkurse



Fotos: Z. Kiss-Rabata

geschlossen ist, weil sie nicht aus der EU stammen. Selbst EU-Bürger, die teilweise seit Jahrzehnten hier leben, arbeiten und Steuern zahlen, dürfen nur an Kommunalwahlen teilnehmen, Landtags- und Bundestagswahlen sind ihnen versagt. Hier setzt sich DIE LIN-

KE für ein volles Wahlrecht ein. Um die politischen Ausgrenzung zu beseitigen, diskutierten die gut vierzig Teilnehmer/innen des 5. Forums, unter ihnen auch einige Asylbewerber, sehr lebhaft und ideenreich über die „Politische Beteiligung für Migranten“ unter zwei Überschriften: Was wurde bisher erreicht und soll erhalten bleiben? - Was wollen wir in Zukunft erreichen?

Lesen Sie weiter:

Kopp zündelt gegen Flüchtlinge Seite 3

Kinderrechte - nur ein schönes Wort? Seite 4

Grundrecht muss Grundrecht bleiben! Seite 5

Drohender Notstand bei Rottenburger Hebammen Seite 6

... und raus bist du! Seite 8

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer die Stadt!

anbieten. All das liegt hier brach und führt bei ihnen häufig zu Depressionen. Vielfach erfahren sie auch überhaupt nichts von Informationen und Tätigkeiten, obwohl sie sich im Elternbeirat oder in

Vereinen engagieren möchten. Deshalb wurden Tandem-Patenschaften zwischen Lehrern und Eltern vorgeschlagen, um Schulprobleme der Kinder besser zu lösen. Kernanliegen vieler Migranten und Asylbewerber sind jedoch ihre sozialen Sorgen: ein fehlender Arbeitsplatz wegen der Arbeits-sperre oder Misstrauens von Unternehmern, die Wohnungsnot oder zu teure Wohnungen, Sprachkurse für eine bessere Qualifikation.

Nach Meinung des Forums können diese verschiedenen Aufgaben am bes-

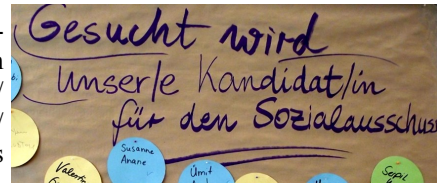
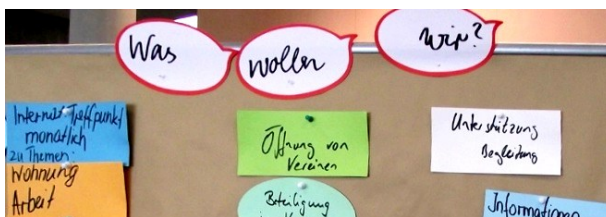
ten durch ein Netzwerk gelöst werden, das von einer/ einem Integrationsbeauftragten koordiniert werden. Zur freudigen Überraschung sagte OB Neher eine Stelle dafür im nächsten Haushalt zu. Außerdem waren 20

Migrant/innen bereit, sich für das Ehrenamt eines/ einer sachkundigen Bürger/ in im Sozialausschuss des Gemeinderats zu bewerben.

Diese 20 Personen, die meisten von ihnen engagierte Frauen, werden die Keimform eines Integrationsbeirats bilden und aus ihrer Mitte jemanden selbst bestimmen, den sie für den Sozialausschuss vorschlagen. Damit soll erreicht werden, dass auch in Rottenburg ein Beirat die Interessen vieler Migranten permanent vertritt, legitimiert durch die städti-

schen und regelmäßigen Integrationsfor-

Solch ein umfassendes Konzept aus ständigem Integrationsbeirat, selbstbestimmter Vertreterin im Sozialausschuss, Zusammenarbeit mit einem Netzwerk und einer städtischen Integrationsbeauftragten für Koordination, Information und Zusammenarbeit hatten Migrantinnen zusammen mit der **LINKEN** bereits vor den Kommunalwahlen im Frühjahr ausgearbeitet. Sie dürfen nun ermutigt an die Arbeit gehen.



Dr. Emanuel Peter
Gemeinderat
„DIE LINKE“
Rottenburg

Planungswerkstatt „Haus der Nachbarschaft“

Am Samstag, den 22. November, wird es in der Mensa der Kreuzerfeld-Grundschule von 10 - 15 Uhr eine „Planungswerkstatt“ zum Haus der Nachbarschaft geben.

Nachdem sich in den letzten Monaten die Bürgerinitiative in einen Förderverein umgewandelt und viele Aktionen beim Neckarfest und beim Goldenen Oktober organisiert hat, soll jetzt mit den zahlreichen neuen Mitgliedern über den genauen Raumbedarf und die beteiligten Gruppierungen in dieser Gemeinschaftseinrichtung gesprochen werden.

Von Anfang an hat **DIE LINKE** Rottenburg die Idee dieses Nachbar-

schaftshauses unterstützt. Denn hier hat die Stadt eine einmalige Entwicklungschance für die gesamte Kernstadt: Kinderbetreuung in einem Neubauge-

Sportaktivitäten für Menschen mit und ohne Behinderung, Geselligkeit durch Veranstaltungen für Jung und Alt. Momentan müssen viele Kernstädtler nach

Bieringen ausweichen, um einen kleinen Saal für Feste zu bekommen. Deshalb ist das Haus der Nachbarschaft im Interesse der gesamten Stadt und könnte zu einem Vorzeigemodell für einen neuen sozialen und kulturellen Gemeinsinn werden.

DIE LINKE ruft alle Interessierten zur Beteiligung an dieser Planungswerkstatt auf, auch wenn man nicht direkt im Kreuzerfeld wohnt!

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat



biet, Räume für die zahlreichen Migranten in unserer Stadt, Kultur- und

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Kopp Online zündelt gegen Flüchtlinge

„Was lange gärt, wird endlich Wut“

Mit Vehemenz hatte der Rottenburger Verlagsbesitzer Jochen Kopp jegliche Nähe zum Rechtsradikalismus und zur NPD bestritten, als Albert Bodenmiller und Hans Peter Hellermann im Sommer ihre Dokumentation „Rechtslastige Publikationen im Sortiment des Kopp Fachbuchversands und Verlags“ vorlegten.

Kopp bezeichnete seine Kritiker als „Meinungsdiktatoren“ und „Möchtegern-Inquisitoren“. Er berief sich darauf, dass er „nur“ ein Verlagsprogramm entsprechend dem „Verzeichnis Lieferbarer Bücher“ (VLB) betreibe und die „Freiheit“ seiner Leser verteidige.

Weniger bekannt ist, dass der Kopp-Verlag zugleich eine Online-Seite betreibt, die von Kopp-Autor Udo Ulfkotte nach eigenen Aussagen aufgebaut wurde. Angesichts der gefährlichen Sprossenverseuchung mit EHEC-Bakterien 2011 unterstellte Ulfkotte in einem ekelerregenden Beitrag für Kopp-Online „nordafrikanischen Muslimen als Erntehelfern“, sie hätten mit ihrem Urin spanische Gurken infiziert und würden damit einen „Fäkalien-Dschihad“ gegen die Europäer führen (25.5.2011). Nach diesen haarsträubenden Horrorgeschichten hält sich Ulfkotte momentan bei Kopp-Online im

Die politische Hetze gegen „Flüchtlinge, Asylbewerber und Armutszuwanderer“ scheint jetzt ein Torben Grombery übernommen zu haben, der seit Monaten auf Kopp-Online



gegen sie schreibt.

So empört er sich über „linksgrüne Gutmenschen an den Schalthebeln der Macht“, die abgelehnte Asylbewerber nicht sofort in ein Flugzeug setzen und abschieben

(6.10.2014). Wohlge-merkt: Viele dieser Flüchtlinge besitzen der Status einer „Duldung“, weil in ihren (afrikanischen) Ländern der Ebola-Virus grassiert. Was bedeutet da wohl „Abschiebung“?

Unter dem Titel „Platzmachen für

Flüchtlinge: Osnabrücker Mieter müssen Wohnungen verlassen“ (16.9.2014) versucht Grombery Mieter gegen Flüchtlinge auszuspielen: „Im aktuell vorliegenden Fall müssen die Mieter eines stadteigenen Wohnheims im Os-

räumen“ - für Flüchtlinge. Kein Wort dieses „Enthüllungs-Journalisten“ über jahrelangen Stillstand im sozialen Wohnungsbau. Die Wohnungsnot ist die wahre Ursache für die katastrophalen Verhältnisse bei der Unterbringung von Flüchtlingen.

Die politisch Verantwortlichen schont Grombery, um dann noch weitere Fälle nach seinem Muster aus Salzburg und Singen aufzuzählen und zuzuspitzen:

„Unterdessen drohen Landräte in Baden-Württemberg unverhohlenen Zwangsmaßnahmen an, um an weitere Unterbringungsmöglichkeiten für Flüchtlinge zu gelangen.“

Selbstverständlich verteidigt Jochen Kopp, der laut Impressum für das Copyright von Kopp-Online zeichnet, die „Freiheit unserer Leser“ und bietet „ihnen die Möglichkeit einer freien und unzensierten Meinungsbildung“ in Form von Leserkomentaren unter Gromberys Artikel. Da

macht es auch nichts, wenn unverhohlen zur Gewalt aufgerufen wird – was durch die Meinungsfreiheit im Grundgesetz in keiner Weise gedeckt wird. Ein anonymes Leser schreibt unter dem Pseudonym „Malocher“ (klingt echt proletarisch!): „Leute, das System ist am kollabieren. Man flutet jetzt noch schnell alle Länder Europas mit Migranten aus allen Herren Länder und läßt das System absaufen. Das wird ein blutiger Bürgerkrieg werden. Bewaffnet euch zur Verteidigung mit allem was Ihr habt.“ (17.9.2014) Im Artikel selbst findet sich die Anzeige zu Udo Ulfkottes Buch im Kopp-Verlag „Vorsicht Bürgerkrieg! Was lange gärt, wird endlich Wut“.



Platzmachen für Flüchtlinge: Ausreisepflichtige Asylbewerber werden nicht ab-geschoben

Torben Grombery

Die Redaktionen von KOPP Exklusiv und KOPP Online haben in den letzten Monaten häufig über die teils aggressive Vorgehensweise der Verantwortlichen aus Politik und Verwaltung berichtet, die selbst den Verlust von Wohnraum und Arbeitsplätzen der einheimischen Bevölkerung billigend in Kauf nehmen, um an neue Möglichkeiten zur Unterbringung von Flüchtlingen zu gelangen. Jetzt wurde ein äußerst pikanter Grund dafür bekannt: Linksgrüne Gutmenschen an den Schalthebeln der Macht schieben – zumeist aus ideologischen Motiven – seit Jahren selbst »unmittelbar zur Ausreise verpflichtete« Asylbewerber nicht wie vorge-sehen ab. ...

Kopp online 06.10.2014

Hintergrund und ist „nur noch“ Chef-redakteur von „Kopp-Exklusiv“. Das achtseitige Blatt erhält man nur im Jahres-Abo für lächerliche 250 Euro.

nabrücker Stadtteil Eversburg unter Missachtung jeglicher Kündigungsfristen ihre teils langjährig angemieteten Appartements binnen drei Wochen



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat

„DIE LINKE“

Rottenburg

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Kinderrechte – nur ein schönes Wort?

Zunehmende Kinderarmut verhindern

Im November 1989 wurde die UN-Kinderrechtskonvention verabschiedet – mit Ausnahme von Somalia, dem Südsudan und den USA. In ihren 54 Artikeln verlangt sie von allen Staaten u.a. die Anerkennung des Rechts auf Gesundheit, auf Bildung und Ausbildung und das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung für jedes Kind, unabhängig von seiner Religion, Herkunft oder seinem Geschlecht.

Am 18. November untersucht das Sechste Tübinger Sozialpolitisches Fachforum (SoFA), was sich an der Lage der Kinder in Deutschland seitdem verbessert hat.

Vor zwei Wochen veröffentlichte der DGB seine neueste Studie mit alarmierenden Zahlen., die von der Bundesanstalt für Arbeit (BA) bestätigt wurden. Demnach hat die Quote der Kinder unter 15 Jahren, die in Armut aufwachsen müssen, von 15 Prozent (2012) auf 15,7 Prozent (Mai 2014) oder 1,64 Millionen Kinder wieder zugenommen – trotz Merkels angeblichem Wirtschaftsaufschwung. Zählt

man die Jugendlichen unter 18 Jahren hinzu, sind es sogar 1,9 Millionen, die „im Hinterhof unserer Wohlstandsgesellschaft in Hartz-IV-Armut leben müssen“ (DGB).

Das Beunruhigende an diesen Zahlen ist, dass sich mehr als 624.000 Kinder seit vier Jahren oder länger in Armut befinden, sich Armut bei ihnen zu einem Dauerzustand verfestigt und ihr gesamtes weiteres Leben prägt: „Armutserfahrungen haben stark negative Auswirkungen auf Kinder, wenn sie mindestens ein Drittel der Kindheit andauern.“ stellt der UNICEF-Bericht zur Kinderarmut in Deutschland (2013) fest. Denn Kinder aus benachteiligten Familien treiben weniger Sport, sehen mehr fern und rauchen früher und häufiger. Dies hat einen lebenslangen Effekt

auf ihre Gesundheit und ihre Lebenseinstellung: „Etwa 15 Prozent der Mädchen und Jungen blickt negativ in die Zukunft“, so der UNICEF-Bericht. Es ist deshalb eine Katastrophe, dass im Koalitionsvertrag von CDU/CSU und

SPD das Wort „Kinderarmut“ noch nicht einmal vorkommt, geschweige, dass die Regierung wirkungsvolle Maßnahmen zu ihrer Beseitigung beschließt. Sie ver-

drängt, sie leugnet, sie sitzt aus! UNICEF Deutschland fordert mit anderen Wohlfahrtsorganisationen, endlich eine unabhängige Kindergrundsicherung einzuführen, der DGB fordert ein Sofortprogramm für 450.000 Eltern.

Das neue Gesicht der Armut - „**Armut trotz Arbeit**“ - ist allerdings ein Problem des ausufernden Niedriglohnsektors und von Hartz IV. Beides gehört abgeschafft und die Kindergrundsicherung eingeführt.

Dafür steht DIE LINKE auch am Jahrestag der KINDERRECHTS-KONVENTION der UN.



Dr. Emanuel Peter

Gemeinderat

„DIE LINKE“

Rottenburg

Schulfruchtprogramm bringt Früchte

Mehr als die Hälfte der Einrichtungen nehmen teil - Sponsoren gesucht

Vor anderthalb Jahren hatte Gemeinderat Dr. Peter (**DIE LINKE**) dem Kindergarten Dätzig eine Kiste mit Bio-Äpfeln gestiftet. Sie wurden von den Kleinen mit Heißhunger vertilgt. Die Aktion hat darauf hingewiesen, dass alle Kitas und Grundschulen Obst und Gemüse zur gesunden Ernährung im frühen Alter erhalten können. Die Hälfte zahlt die EU, die andere die Kommunen und Sponsoren.

Inzwischen nehmen in Rottenburg 28 von 50 Einrichtungen am Schulfrucht-



Foto: N.Kern

Dr. Emanuel Peter mit Kindern und Erzieherinnen beim „Apfelfrühstück“ im Kindergarten am Dätzig im Juni 2012

programm teil, 18 Kitas und 10 Schulen. Welch ein Erfolg! Selbst weiterführende Schulen wie das Paul-Klee-Gymnasium wollen teilnehmen, erhalten jedoch keine EU-Zuschüsse. Vielleicht gibt es ja dafür Sponsoren, die eine gesunde Ernährung auch von Jugendlichen unterstützen wollen.

DIE LINKE ruft dazu auf, das Paul-Klee-Gymnasium zu unterstützen. Kulturstadtleiter Geppert freut sich sicherlich über Meldungen.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Grundrecht muss Grundrecht bleiben!

Aushöhlung des Streikrechts ist Verfassungsbruch

Streiks sind ein grundgesetzlich garantiertes Mittel zur Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen, gleichgültig, ob es um die Höhe der Entlohnung, die Arbeitszeit oder andere Arbeitsbedingungen geht. Streiks sind für die Betroffenen ein Ärgernis unabhängig von der Anzahl in einer Gewerkschaft organisierten Arbeitnehmer. Aber das Recht auf Streiks muss erhalten bleiben, auch wenn mit Hilfe eines sogenannten Tarifeinheitsgesetzes dieses Recht in Frage gestellt werden soll.

Ein Tarifeinheitsgesetz kommt allein den Arbeitgebern und den Mehrheitsgewerkschaften entgegen, denn es soll allein der Tarifvertrag der Gewerkschaft Gültigkeit haben, die im jeweiligen Betrieb die Mehrheit der Mitglieder hat. Andersherum: Kleinere Gewerkschaften können zwar streiken, aber sie können damit keinen Druck ausüben. Es wird ihnen indirekt das Streikrecht genommen. Es wird ihnen ein Grundrecht genommen (siehe Kasten). Ein faktisches Verbot von Gewerkschaften - gleichgültig welcher Größe - ist weder zulässig noch notwendig. Von einem Streikchaos ist die Bundesrepublik weit entfernt, trotz allen formulierten Ärgers der Betroffenen. Streiks dürfen keine Wohlfühlveranstaltungen sein. Sie sind es auch nicht für die Streikenden.

Große Gewerkschaften können mit ihren vielen Mitgliedern großen Druck ausüben, kleine Gewerkschaften nur wenig Druck, außer ihre Mitglieder nehmen Schlüsselpositionen ein wie z.B. Lokführer und Piloten. In großen Gewerkschaften müssen Minderheitsinteressen nicht besonders unterstützt werden, denn für die Gesamtorganisation und deren „Macht“ spielen sie kaum eine Rolle. Was liegt nun näher als die Gründung von Berufsgewerkschaften kleiner Berufsgruppen (z.B. Lokführer und Piloten) mit hohem Organisationsgrad, um ihre Interessen durchsetzen zu können. Wer kann es bestimmten Berufsgruppen verdenken, wenn sie sich eigenständig organisieren, weil sie sich durch die Branchengewerkschaften

nicht mehr vertreten fühlen. Wer diesen Mechanismus nicht verstanden hat, kann auch die Diskussion um die Tarifeinheit schwer verfolgen, denn verfassungsrechtlich steht der Existenz kleiner Gewerkschaften nichts entgegen. Wenn die Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD!) ein Gesetz zur Tarifeinheit vorlegen möchte, darf man auf die Ausformulierung gespannt sein. Wie umgeht sie das Grundgesetz? Man muss ihren Optimismus, dass das Gesetz „den Test Verfassungsgericht bestehen kann“ nicht teilen. Gerade die kleinen Gewerkschaften werden ein Tarifeinheitsgesetz vor das Bundesverfassungsgericht bringen - und gewinnen.

Artikel 9 Grundgesetz

- 1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
- 2) ...
- 3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu bilden, ist jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. ...

Warum handelt gerade eine sozialdemokratische Arbeitsministerin gegen die Arbeitnehmerinteressen?

Es ist augenfällig, wie versucht wird unter Hinweis auf den Koalitionsvertrag zwischen SPD und CDU/CSU eine politische Diskussion zu unterbinden. An diesem Beispiel wird deutlich, welche Entparlamentarisierung so ein Koalitionsvertrag zur Folge hat.

Übrigens geht die derzeitige Situation auf ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts von 2010 zurück, dass die damalige Praxis der Tarifeinheit als verfassungswidrig erklärt hat. Deshalb hat die Diskussion um ein Tarifeinheitsgesetz auch eine längere Geschichte. Bereits vor vier Jahren haben die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände (BDA) und der

Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB) einen gemeinsamen Vorschlag vorgelegt. Offensichtlich würde ein Gesetz zur Tarifeinheit sowohl den Arbeitgeberinteressen wie auch den Großgewerkschaftsinteressen entsprechen können. Wie im Koalitionsvertrag verabredet! Nicht verwunderlich, wenn Arbeitgeberpräsident Ingo Kammer von Rosinenpickerei der Sparten Gewerkschaften spricht. Sie verfügen gegenüber den Arbeitgebern über eine wirksame Gegenmacht. Es ist Sparten gewerkschaften nicht vorzuwerfen, dass sie in der Lage sind, ihre Interessen zu organisieren und ihre Wichtigkeit für den Betriebsablauf zu verdeutlichen

und ihren Einfluss gegen andere - konkurrierende - Gewerkschaften zu nutzen. Auch hier belebt Konkurrenz das Geschäft d.h. stärkt die Arbeitnehmerinteressen. Den Sparten gewerkschaften fehlende Solidarität zu unterstellen, ist eine Frechheit. Versagende Gewerkschaften verdienen keine Solidarität. Und wo bleibt die Solidarität der Arbeitgeber mit ihren Mitarbeitern?

Auch die Arbeitnehmerinteressen haben sich geändert. Ging es früher um Besserstellung für alle, z.B. der Lohnfortzahlung, geht es heute um ganz spezifische Interessen wie bei den Piloten.

Tarifikonflikte als Ego-Trip ihrer Vorsitzenden zu diffamieren, zeigt zumindest das verbale Niveau derzeitiger Tarifikonflikte. Wer formuliert dies ebenso für die Vorstände von ? Wer vom Kampf um Privilegien, spricht versteht nicht von der nüchternen Arbeitswelt.

Waren Sie von den letzten Streiks der Lokführer betroffen? Viele von ihnen wahrscheinlich mehr als ich, denn ich musste nur über Umwege von Stuttgart nach Wendelsheim finden. Eine Bemerkung am Rande: Ich bin dabei sehr hilfsbereiten und netten Leute begegnet. Eine schöne Streikerfahrung! Sie hat aber meinen Beitrag nicht beeinflusst!



Norbert Kern

Wendelsheim



Drohender Notstand und Mehrbedarf bei Rottenburger Hebammen

Dünne Personaldecke und fehlender „Nachwuchs“ bei Hebammen

Im Mai haben Hebammen im ganzen Land Aktionen gegen die drastische Steigerung ihrer Haftpflichtversicherung, für existenzsichernde Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen der Klinikhebammen gemacht.

Zahlten sie 2002 noch 453 Euro dafür, sollen es 5090 Euro ab 1. Juli 2014 sein! Die Haftpflichtversicherung ist Bedingung für die Berufsausübung. Für viele (freiberufliche) Hebammen bedeutet diese Abzockerei das berufliche Aus, für viele werdende Mütter die Abschaffung der freien Wahl des Geburtsortes. In Rottenburg und Umgebung betreuen die vier Hebammen der Hebammenpraxis pro Jahr etwa 300 Schwangere.

Für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit erhalten Hebammen einen durch-

schnittlichen Nettostundenlohn von 8,50 Euro! Da in den letzten Jahren immer mehr Krankenhäuser geschlossen haben, sind Hebammen durch ihre Wohnortnähe eine große Erleichterung für die Schwangeren. Jetzt melden sich vermehrt



Foto: N.Kern

schwängere Asylbewerberinnen in ihrer besonderen Notlage. Bisher haben sich die freien Hebammen verschiedener Städte bei

Urlaub, Krankheit und Notfällen gegenseitig vertreten. Doch die Personaldecke ist so dünn, dass sie jetzt Schwangere ablehnen müssen, so Susanne Locher auf dem Netzwerktreffen „Bündnis für Familien Rottenburg“ Mitte Oktober.

Die Schwangeren sollen sich an ihre Krankenkassen wenden und protestieren. Denn es fehlt der Nachwuchs: Jüngere Hebammen scheuen angesichts der hohen Versicherungskosten, des riesigen Zeitaufwands rund um die Uhr, des fehlenden Urlaubs und der Dauerbelastung das Risiko der Selbstständigkeit. Vor allem wenn sie gerade dabei sind, eine eigene Familie zu gründen. Deshalb fehlt den langjährigen Hebammen der Nachwuchs und die Entlastung.

Eine Lösung dieser prekären Situation sehen viele Hebammen darin, dass die Städte jungen Hebammen eine Anstellung anbieten und so eine soziale Hilfe für eine spätere Selbstständigkeit geben. Das wäre eine echte Anerkennung für die gesellschaftliche Bedeutung dieser verantwortungsvollen Tätigkeit.

Dr. Emanuel Peter, Gemeinderat

Erfolgreicher Start gegen TTIP DIE LINKE sammelt erfolgreich Unterschriften

Obwohl es viel regnete und wenig Passanten unterwegs waren, sammelte **DIE LINKE** für das **Bündnis „Stopp TTIP“** am Samstag, 11. Oktober, in Rottenburgs Fußgängerzone innerhalb kurzer Zeit 127 Unterschriften und trug damit zum Erfolg des europaweiten Aktionstages gegen das so genannte Freihandelsabkommen bei.

Das Bündnis aus über 250 Organisationen hatte allein in Deutschland in mehr als 3.700 Städten zu Aktionen aufgerufen. Viele hatten auch schon per Internet unterschrieben, nahmen aber Unterschriftenlisten für ihren Freundes- und Bekanntenkreis mit. Per Internet hatte Campact innerhalb von vier Tagen 390.000 Unterschriften gesammelt.

Am Metzelpatz nahmen nicht nur Aktivisten aus den den Teilorten teil, sondern sogar aus Horb. „Die Schiedsgerichte

von TTIP gefährden unser Rechtssystem“. „Wenn die kommunale Wasser- und Stromversorgung in die Hände von Konzernen fällt, dann Gute Nacht, Deutschland! Mit TTIP wird Fracking in Deutschland möglich und privatisierte Betriebe dürfen nicht mal zurückgekauft werden,“ empörte sich ein Bürger. Andere kritisierten: „Sigmar Gabriel sollte was sich schämen, uns als Nationalisten und Anti-Europäer zu beschimpfen!

Was tut diese SPD eigentlich zum Schutz der Kommunen?“ In die-

sen nächsten Wochen werden in Rottenburg weitere Aktionen mit Unterschriftensammlungen stattfinden.

Mit Stand vom Mittwoch, 22. Oktober, sind es 718 193 Unterschriften. Falls Sie noch unterschreiben möchten, tun Sie es unter www.ttip-unfairhandelbar.de



Foto: N.Kern

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

**Je stärker DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Und wo bleibt das Positive?

So schlecht kann TTIP und CETA doch gar nicht sein!

Wenn man die Aktionen um die jetzt selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative ansieht, muss man sich doch fragen, ob denn des Freihandelsabkommen wirklich nur Nachteile bringen wird. Natürlich nicht! - Aber es kommt wie bei Medikamenten, die auch nur positiv wirken sollen, auf die Nebenwirkungen an. Und diese Nebenwirkungen sind gravierend.

Sie werden von den Befürwortern von TTIP und CETA gar nicht erwähnt oder heruntergespielt. Die Kritiker von TTIP und CETA weisen aber auf diese Gefahren hin. Aufklärung und Widerstand tut Not. Die Kritiker von CETA und TTIP geben nicht nach. Nach der Ablehnung der europäischen Bürgerinitiative durch die EU-Kommission hat sich eine selbst organisierte Europäische Bürgerinitia-

ve gebildet (sEBI). Der Druck auf die Entscheidungsträger soll nicht geringer werden.



Unter dem Aspekt „Investitionsschutz“ gilt die Kritik nicht der Tatsache, dass Investitionen vor willkürlicher Verstaatlichung geschützt werden müssen, sondern dem fragwürdigen Schiedsverfahren, was nichts anderes zur Folge hat,

wie die Machtverschiebung von gewählten Parlamenten auf multinationale Konzerne und deren Anwälte in internationalen Kanzleien.

Warum glauben wir nicht den Versprechungen? Deutschland als größtes EU-Land wird am meisten davon profitieren. Bei CETA handele es sich um das bestmögliche Abkommen, das wir haben können. Der Handel zwischen Kanada und der EU werde sich um 23 Prozent vergrößern. Das Wirtschaftswachstum wird um xxx Prozent steigen. So und so viele Arbeitsplätze werden geschaffen werden. - Trauen Sie immer noch Wirtschaftsdaten, woher immer sie auch kommen? Wie blauäugig muss man sein, um solchen Aussagen zu trauen.

Norbert Kern, Wendelsheim

Stopp TTIP und CETA!

SELBSTORGANISIERTE

**EUROPÄISCHE BÜRGERINITIATIVE
GEGEN TTIP UND CETA**

Gegenstand

Wir fordern die Institutionen der Europäischen Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu auf, die Verhandlungen mit den USA über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) zu stoppen, sowie das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen (CETA) mit Kanada nicht zu ratifizieren.

Wichtigste Ziele

Wir wollen TTIP und CETA verhindern, da sie diverse kritische Punkte wie Investor-Staat-Schiedsverfahren und Regelungen zur regulatorischen Kooperation enthalten, die Demokratie und Rechtsstaat aushöhlen. Wir wollen verhindern, dass in intransparenten Verhandlungen Arbeits-, Sozial-, Umwelt-, Datenschutz- und Verbraucherschutzstandards gesenkt sowie öffentliche Dienstleistungen (z. B. Wasserversorgung) und Kulturgüter dereguliert werden. Die selbstorganisierte EBI unterstützt eine alternative Handels- und Investitionspolitik der EU.



Veranstaltungshinweis

DIE LINKE lädt ein:

Können Funkstrahlen in Rottenburg verringert werden?

Gemeinsame Veranstaltung von BUND, Bürgerinitiative Kiebingen und **DIE LINKE** Rottenburg

Referent: Dipl. Ing. Jörn Gutbier (Herrenberg)

Donnerstag, 20. November 2014

19.00 Uhr, AWO-Heim, Moritzplatz 7

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

... und raus bist du!

Warum so viel Geheimnistuerei gegenüber dem Bürger?

Früher gaben besorgte Eltern ihren Kindern den guten Rat mit: Geh zur Sparkass oder aufs Rathaus. Sie gingen davon aus, dass den Sprößlingen damit ein sicherer Arbeitsplatz auf Lebenszeit garantiert sei.

Dass dem nicht mehr so ist, konnte der Bürger unlängst erfahren. Ob der Leiter des Rottenburger Ordnungsamtes abberufen, rausgeekelt oder rausgeschmissen wurde, lässt sich nicht nachvollziehen. Ob es persönliche Animositäten waren oder ob der ausgeprägte Sinn für Gleichbehandlung ihm zum Verhängnis geworden ist, muss offen bleiben. War es Leistungsverweigerung und Faulheit? Welche Unbotmäßigkeit hat er sich gegenüber den Herren Oberen zu schulden kommen lassen? Vielleicht ist ihm sogar sein gutes Verhältnis zu seinen Mitarbeitern angekreidet worden, das ihm andere Amtschefs neiden. Ich sage es einmal so: Nichts Genaues weiss man nicht. Ein Gschmäcke bleibt! Welcher Grund für die Abordnung ans Landratsamt muss geheimlicht werden? Auf dem Rathaus wird man denken: Es muss ja nicht jeder auf der Gass nachvollziehen können, was denn da so auf dem Rathaus abläuft. Gerüchte gibt es genug und damit scheint mancher im Rathaus recht gut leben zu können, solange sie

ihn selbst nicht betreffen. Nachfragen zum Sachverhalt werden niedergebügelt. Aber warum verhält sich die Ratshauspitze so undurchsichtig? Ist es die Arroganz der Macht, schlechtes Gewis-



Damit illustriert die Stadt Rottenburg Stellenausschreibungen

sen oder schlicht Missachtung des Bürgers?

In Fällen der Nichtöffentlichkeit von Entscheidungen wird immer der Schutz der betroffenen Person angeführt. Könnte es aber sein, dass gerade durch die Geheimnistuerei die Person erst

recht beschädigt und zum Opfer wilder, übler Spekulationen wird? Auch sollten die Gremien, die diese Nichtöffentlichkeit praktizieren, sich darüber im Klaren sein, dass sie sich der öffentlichen Verantwortung gegenüber der Bürgerschaft entziehen und sie damit rechnen müssen der Mausehelei bezichtigt zu werden. Dienstrecht hin, Gemeindeordnung her.

Kann man vielleicht in Personalangelegenheiten eine gewisse Nichtöffentlichkeit noch nachvollziehen, mir ist aber völlig unverständlich, weshalb über die Schulentwicklung in Rottenburg hinter geschlossenen Türen beraten werden muss. Welcher Sachverhalt und welche Meinung soll aus welchen Gründen nicht an die Öffentlichkeit? Merke: **Pseudo-Demokraten munkeln gern im Dunkeln.**

Ach übrigens: Sollten Sie an der Stelle als stellvertretende/n Leiter/in des Ordnungsamtes interessiert sein, an diesem „Job mit Zukunft“, dann informieren Sie sich doch genau über die Rottenburger Verhältnisse. Die Bewerbungsfrist läuft am 5. November ab. Es eilt! Aber vielleicht ist es auch besser, Sie denken noch einmal in aller Ruhe darüber nach.

Norbert Kern, Wendelsheim

Termine:

Kommunaler Arbeitskreis

Mittwoch, 29. Oktober 2014, 19.30 Uhr, Gaststätte Württemberger Hof, Tübinger Straße 14

Können Funkstrahlen in Rottenburg verringert werden?

Veranstaltung mit Dipl. Ing. Jörn Gutbier, Herrenberg
Donnerstag, 20. November 2014, 19.00 Uhr, AWO-Heim

Planungswerkstatt „Haus der Nachbarschaft“

Samstag, 22. November 2014, 10-15 Uhr, Mensa der Kreuzerfeld Grundschule

Info-Stand auf dem Metzelpfad

Samstag, 29. November 2014, 9.30 - 12.00 Uhr

Redaktionsschluss für die November-Ausgabe: **Montag, 24. November**

Weitere Veranstaltungstermine finden Sie in der Tagespresse und entnehmen Sie bitte unserer Homepage:

www.die-linke-rottenburg.de

DIE LINKE.

Neues aus dem Neckartal

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Gemeinderat Dr. Emanuel Peter

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel.: 07472 42096, e-mail: emanuelpeter@gmx.de



Redaktion

Norbert Kern, 72108 Rottenburg - Wendelsheim
Kornbühlstraße 75



V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen, 72108 Rottenburg
Eichendorffstr. 49

